

mit sich gebracht hat, haben zu einem drastischen Anstieg der Scheidungsrate geführt, wie die folgenden Zahlen verdeutlichen. In dem Jahrzehnt zwischen 1981 und 1991 ist die Scheidungsrate in ganz China von 3,7 auf 8,7 Prozent angestiegen. 1995 lag sie bereits bei 23,8 Prozent und 1996 bei 25 Prozent. Es wird damit gerechnet, daß sie auch in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Besonders hoch ist der Anteil der Ehescheidungen in den Großstädten. In Beijing beispielsweise erhöhte er sich zwischen 1981 und 1991 von 2,5 auf 16,6 Prozent. (XNA, 9.1.98)

In Beijing versucht man dieser Entwicklung durch die Einrichtung von Kursen und Beratungsdiensten zu begegnen, die in einer „Scheidungs-schule“ angeboten werden. Ziel ist es, möglichst viele Ehen zu retten. Un-terricht und Beratung werden ehren-amtlich von Vertretern der Gewerkschaft, des Frauenverbandes oder der Gerichte erteilt. Diese Arbeit wird als sehr sinnvoll bezeichnet, doch stecke sie erst in den Anfängen, heißt es. Es müßten viel mehr Einrichtungen dieser Art geschaffen werden. Außerdem sei es nötig, juristisch und psycholo-gisch geschulte Fachleute für die Be-ratungsdienste heranzuziehen. Auch ausgebildete Soziologen, die auf die Gebiete Ehe und Familie spezialisiert seien, würden benötigt. Die Beijinger „Scheidungs-schule“ wurde von einem Bezirksamt für die Registrierung von Eheschließungen eingerichtet. Da-neben planen jetzt auch gesellschaftliche Organisationen, ähnliche „Schu-len“ zu gründen, um zu versuchen, ge-scheiterte Ehen zu retten. (Ebd.) In China gilt es zwar heute nicht mehr als anstößig, geschieden zu sein, wie es noch vor gar nicht langer Zeit ins-besondere mit Blick auf Frauen der Fall war, aber dennoch hat die Familie im Wertesystem der Chinesen einen so hohen Stellenwert, daß in der Gesell-schaft alles versucht wird, gefährdete Ehen zu retten. Dabei engagiert sich nicht nur die Familie, sondern auch die gesellschaftliche Umgebung (Arbeits-einheit, Straßenkomitee usw.) ver-sucht zu vermitteln. -st-

Außenwirtschaft

21 China kann sich sehr wohl aus eigener Kraft gegen die „Asienkrise“ schützen

Obwohl der chinesische RMB Yuan angesichts des Verfalls vieler Währungen in den asiatischen Nachbarlän-dern mittlerweile offensichtlich längst überbewertet ist (Beobachtungen gehen hierbei von bis zu 30% aus), gibt sich die Beijinger Führung gelassen.

Bei einer Sitzung des Ständigen Aus-schusses des NVK am 27.12.97 in Bei-jing sprach der Präsident der Chi-nesischen Volksbank, Dai Xianglong, zur Finanzsituation der VRCh, die trotz einiger Mängel gesund sei. Auch Chinas Wirtschaft bleibe auf absehba-re Zeit gesund, führte er aus (XNA, 27. und 28.12.97).

Aus den Krisen einiger asiatischer Länder könne China vor allem dreierlei lernen: einmal sei jede Form von „Seifenblasenwirtschaft“ zu ver-meiden. Zweitens müsse auf die Funk-tionsfähigkeit des Finanzsystems ge-achtet und drittens ein ausreichendes Devisenreservopolster geschaffen wer-den.

Chinas Devisenreserven überschritten Ende 1997 die Summe von 140 Mrd. US\$. Der Renminbi-Yuan sei sta-bil. Bis Ende Juni 1997 habe Chi-na 316,5 Mrd. US\$ an ausländischem Kapital aufgenommen, darunter 197,9 Mrd. US\$ an direkten ausländischen Investitionen. Die Auslandsverschul-dung der VRCh belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 118,6 Mrd. US\$.

Besorgniserregender als diese Ver-schuldung sei der Zustand einiger Fi-nanzinstitute, die nicht unter genü-gend strenger finanzieller Kontrolle stünden. Sie seien vor allem aufgrund von Genehmigungen durch Provinzre-gierungen gegründet worden.

Die Finanzkrise in Asien habe China dazu veranlaßt, diesem Problem be-sondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Verlaufe des Jahres 1998 würden mehrere Gesetze und Bestimmungen

erlassen, die vor allem die finanzia-len Kontrollen verstärken sollen. Rudi Dornbusch, ein Wirtschaftsprofessor am MIT, wies beim Weltwirtschaftsfo-rum in Davos Ende Januar 1998 dar-auf hin, daß China „das schlechteste Bankensystem der Welt“ habe. Im-merhin gebe sich die Regierung mitt-lerweile alle Mühe, um hier Abhilfe zu schaffen (IHT, 31.1.98).

In Davos auch betonte der chinesische Vertreter erneut, daß die VR China ihre Landeswährung einstweilen nicht abwerten wolle. -we-

22 Abflachen der Exportent-wicklung für 1998 befürchtet

Die Herausgeber des Weißbuchs zum Außenhandel und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit drücken in ihrem Be-richt die Befürchtung aus, daß China die Exporte in diesem Jahr nicht mehr in demselben Ausmaß steigern kann wie noch 1997. Als einer der Gründe wird die Verlangsamung der weltwirt-schaftlichen Entwicklung gesehen, die zu einer geringeren Nachfrage auf den internationalen Märkten führen wer-de. Ein weiterer Grund ist dem Be-richt zufolge das niedrigere Wachstum in den asiatischen Nachbarländern als Folge der Finanzkrise. Es müsse da-mit gerechnet werden, so der Bericht, daß diese Krise auf Chinas außen-wirtschaftliche Entwicklung einen be-trächtlichen Einfluß haben werde.

Als wichtigster interner Einflußfak-tor wird in dem Bericht die Tatsa-che genannt, daß die Exportunterneh-men weniger Anreize haben, den in-ternationalen Markt zu erschließen, weil sich die Reformen in den meisten Staatsunternehmen in diesem Jahr in ihrer schwierigsten Phase befin-den würden. Weiterhin wird auch die relativ strenge makroökonomische Kontrollpolitik als ein Einflußfaktor dafür genannt, daß in diesem Jahr nicht mit einer starken Erhöhung von Außenhandel und Auslandsinvestitio-nen gerechnet werden könne. (XNA, 19.1.98)

Ein anderer Kommentar zur Export-entwicklung 1998 weist jedoch dar-auf hin, daß es auch positive Fakto-ren gebe, die für eine durchaus akzep-table Erhöhung der Ausfuhren spre-

chen würden. So weise China nach wie vor eine niedrige Inflationsrate auf, verfüge wieder über ein verbessertes System der Exportsteuerrückerstattung und biete seinen Exporteuren mehr Ausfuhrkredite. Außerdem müßten die asiatischen Nachbarländer, die abgewertet hätten, höhere Kosten für die Einfuhr von Rohmaterialien einkalkulieren. (SCMP, 23.1.98)

Nach Angaben der chinesischen Zollbehörde betrug der Anstieg des gesamten Außenhandels im Jahre 1997 gegenüber 1996 12,1%. Die Exporte stiegen um 20,9% auf ein Volumen von 182,7 Mrd. US\$, die Importe erhöhten sich um 2,5% und betrugen 142,36 Mrd. US\$. Damit erwirtschaftete China den bisher höchsten Exportüberschuß von 40,34 Mrd. US\$.

Vom Gesamthandel des Jahres 1997 entfiel ein Anteil von 169,81 Mrd. US\$ bzw. 52,2% auf den Handel, der die Weiterverarbeitung und den Reexport von importierten Rohmaterialien und Produkten zum Ziel hatte.

Das Import- und Exportvolumen der staatseigenen Unternehmen belief sich auf 163,06 Mrd. US\$ (+12,7%) und dasjenige der Unternehmen mit Auslandskapital auf 152,62 Mrd. US\$ (+11,3%).

Regional betrachtet war die Provinz Guangdong wiederum der wichtigste Exporteur. Das Handelsvolumen der Provinz erhöhte sich auf 130 Mrd. US\$, und Guangdong trug damit rd. 40% zum Gesamthandel Chinas bei. Die Exporte der Provinz stiegen um 24% auf 74,56 Mrd. US\$, die Importe dagegen nur um 10% auf 55,56 Mrd. US\$. (XNA, 22.1.98)

Zu den zehn größten Handelspartnern Chinas zählten im letzten Jahr Japan, Hongkong, die USA, die Europäische Union, Südkorea, Taiwan, Singapur und Rußland. Das gesamte Handelsvolumen mit diesen Handelspartnern betrug 272,16 Mrd. US\$, das ist ein Anteil von 83,7%. (XNA, 11.1.98; SCMP, 23.1.98)

Der chinesischen Zollstatistik zufolge verzeichnete der Handel mit der Europäischen Union ein Volumen von 43 Mrd. US\$. China exportierte 23,8 Mrd. US\$ in die EU (+20%) und importierte aus der EU 19,2 Mrd. US\$

(-3,4%), so daß auch im Handel mit der EU ein Überschuß erzielt werden konnte (4,62 Mrd. US\$). Rückgänge bei den Importen aus der EU entfielen insbesondere auf mechanische und elektrische Produkte (13,9 Mrd. US\$ bzw. -6%). -schü-

23 Sonderwirtschaftszonen weiter führend im Außenhandel

Die größte der Sonderwirtschaftszonen (SWZ), Shenzhen, führt seit mehr als fünf Jahren die Liste der wichtigsten städtischen Außenhandelszentren. Im letzten Jahr belief sich Shenzhens Im- und Exportvolumen auf 44,8 Mrd. US\$ (+15,2% gegenüber 1996), die SWZ trug damit rd. 14% zum gesamten Außenhandel Chinas bei. Für das laufende Jahr plant Shenzhen eine Steigerung des Außenhandelsvolumens um 6% auf 47,7 Mrd. US\$. Davon sollen 27,5 Mrd. US\$ auf Exporte (+5,8%) und 20,2 Mrd. US\$ (+6,3%) auf Importe entfallen.

Um die Außenhandelsentwicklung zu beschleunigen, will Shenzhen in diesem Jahr das Agentur-System im Außenhandel einführen, ein sino-ausländisches Joint Venture-Unternehmen im Außenhandel genehmigen, Messen im Ausland durchführen und Unternehmen fördern, die Maschinen und Elektronikprodukte exportieren. (XNA, 20.1.98) Shenzhen stellt Chinas größte Exportbasis für Computer und audiovisuelle Produkte sowie für Uhren und Wecker dar. (XNA, 14.1.98) Im Jahre 1997 konnte Shenzhen weiterhin hohe Kapitalströme aus dem Ausland an sich binden. So stieg das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen um 15% und belief sich auf 2,85 Mrd. US\$. (XNA, 20.1.98)

Der Export ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung der SWZ und stellt inzwischen fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP). (XNA, 20.1.98) Das Shenzhener BIP belief sich 1997 auf 113 Mrd. Yuan und wuchs damit gegenüber 1996 um 16%. (XNA, 20.1.98)

Shantou hat in den letzten drei Jahren vor allem durch den Import moderner Anlagen und Technologien seine Industriestruktur verbessert. Zwanzig der

Unternehmen in der Stadt zählen nach den Kriterien der Provinz Guangdong zu High-Tech-Unternehmen, davon wurden zwei bereits von der Staatlichen Wissenschafts- und Technologiekommission als bedeutende High-Tech-Unternehmensgruppen zugelassen. (XNA, 6.1.98)

Auch bei den Wirtschaftsreformen ist die SWZ Shantou Vorreiter. So verabschiedete der Volkskongreß der SWZ Shantou regionale Bestimmungen für die soziale Versicherung von Beschäftigten. Diese Bestimmungen werden zum 1.3.98 in Kraft treten. Sie fordern, daß die Unternehmen in der SWZ eine Sozialversicherung abschließen und daß alle Beschäftigten sich versichern lassen müssen. Die Renten und die Kosten der medizinischen Versorgung werden gemeinsam von den Unternehmen, Beschäftigten und vom Staat getragen. (XNA, 10.1.98)

Auch in den anderen SWZ vollzog sich eine dynamische exportorientierte Entwicklung. Die SWZ Zhuhai (ebenfalls in der Provinz Guangdong) verzeichnete 1997 eine Steigerung der Exporte um 84,3% auf 3,03 Mrd. US\$, die Importe stiegen um 30,2% auf 2,18 Mrd. US\$. Weiterhin konnte Shantou vertraglich vereinbarte Auslandsinvestitionen in Höhe von 2,46 Mrd. US\$ in den ersten elf Monaten des letzten Jahres absorbieren. (AWSJ, 7.1.98)

Um die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen weiter zu verbessern, wurde in Shantou die Infrastruktur ausgebaut. Der neue Flughafen wurde eröffnet und mit dem Bau der Eisenbahnlinie nach Guangzhou (Kanton) sowie einer Autobahn nach Beijing begonnen. (XNA, 6.1.98)

Die Exporte der SWZ Xiamen (Provinz Fujian) stiegen 1997 um 13,6% und betrugen 3,52 Mrd. US\$. Die Importe stiegen um denselben Prozentsatz und erreichten ein Niveau von 2,89 Mrd. US\$. Diese SWZ wurde im letzten Jahr eine Versuchsregion für den direkten Verkehr mit Taiwan zu Luft und zu Wasser. (XNA, 6.1.98) -schü-

24 Erneut Devisen-Schwarzmarkt

Die chinesische Währung, die im Gegensatz zu den Währungen der asiatischen Nachbarländer nicht abgewertet wurde, ist erneut mit dem Schwarzmarkt konfrontiert. Schwarzmarkthandler sollen vor den großen Banken in Shanghai und Beijing stehen, sogar mit Mobiltelefonen ausgerüstet sein und anbieten, die Devisen nach Hause zu liefern bzw. direkt auf das Konto einzuzahlen.

Im Gegensatz zum offiziellen Wechselkurs von 1 US\$: 8,2800 Yuan betrug der Schwarzmarkt-Wechselkurs 1 US\$: 8,6600 Yuan Mitte Januar 1998. Obwohl der Unterschied zwischen dem offiziellen und dem Schwarzmarkt-Wechselkurs noch relativ gering ist, spiegelt sich in der erneuten Entwicklung eines Schwarzmarktes die vielfach vermutete Annahme wieder, daß die chinesische Regierung die Währung abwerten werde. Gleichzeitigverstarkt der Schwarzmarkt die Nervosität unter der Bevölkerung und führt zu einer größeren Nachfrage nach US-Dollar.

Nach wie vor kann die chinesische Währung nur unter sehr beschränkten Bedingungen in ausländische Devisen umgetauscht werden, in erster Linie im Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Weiterhin wird die Wechselkursentwicklung am nationalen Shanghaier Devisenwapzentrum von der Zentralbank streng überwacht. (AWSJ, 16./17.1.98)

Nach wie vor halten die Regierungsvertreter in ihren Stellungnahmen jedoch daran fest, daß keine Abwertung der chinesischen Währung vorgesehen sei. Zhu Rongji zufolge stellt die Devaluierung der übrigen asiatischen Währungen eine Herausforderung für den chinesischen Außenhandel dar und könnte den Zulu von ausländischem Kapital gefährdet. Die chinesischen Exporte verfügten jedoch über eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, und außerdem seien neue Anreize für ausländische Investoren mit der (Wieder)Einführung der Zollbefreiung für Importe von Maschinen und Anlagen eingeführt worden, so daß China mit weiterhin steigenden Auslandsinvestitionen rechnen könne. (Xinhua

News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 14.1.98, nach SWB FE/D3127/CNS 17.1.98)

Auch der Zentralbankprasident, Dai Xianglong, wies in einer Pressekonferenz Mitte Januar 1998 darauf hin, daß keine Abwertung der Währung vorgesehen sei. Die Regierung weist dabei auch darauf hin, daß sie mit dieser Entscheidung dabei helfe, die Situation in Südostasien zu stabilisieren. Vom Ausland, insbesondere aus den USA und vom Internationalen Währungsfonds, wurde China für diese Entscheidung vielfach gelobt. (NZZ, 17./18.1.98) -schü-

25 Gemischte Erfahrungen deutscher Investoren in China

Im Januar 1998 wurden die Ergebnisse einer gemeinschaftlich von der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner, dem Delegiertenburo der Deutschen Wirtschaft in Shanghai und der Deutschen Botschaft in Beijing durchgeführten Befragung von 199 in China aktiven deutschen Unternehmen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um einen Ausschnitt der insgesamt dort tätigen rd. 1.200 deutschen Unternehmen. Sie stellen mit Investitionen in Höhe von 1,33 Mrd. US\$ im September 1997 einen Anteil von 53% der gesamten deutschen Investitionen in China dar.

Die Befragung spiegelt ein sehr gemischtes Bild über den „Erfolg“ deutscher Unternehmen in China wider. Im folgenden sollen einige der wichtigsten Ergebnisse vorgestellt werden (HB, 23.1.98; NfA, 27.1.98):

Von den befragten Unternehmen würden 94% wieder erneut in China investieren, allerdings nur 67% am selben Standort und nur 61% mit derselben Rechtsform. (HB, 23.1.98. Die NfA, 27.1.98, gibt andere Prozentzahlen an, nämlich 62% für den Standort und 55% für die Rechtsform.)

Hinsichtlich der Gesamtentwicklung auerzten sich 58% der befragten Unternehmen zufrieden und mehr als zufrieden. Im Verlauf der letzten drei Jahre verzeichneten die Unternehmen im Durchschnitt einen moderaten Umsatzzuwachs (Durchschnittswert von

2,1 bei einer Skala von 1 bis 5). Bei der Gewinnentwicklung fiel das Ergebnis mit einem Durchschnittswert von 2,6 schlechter aus.

Die Erwartungen an das Jahr 1998 waren bei den befragten Unternehmen sehr hoch. Anhand der o.g. Skala lag die Umsatzerwartung im Durchschnitt bei 1,8 und die Gewinnerwartung bei 2,1. Fast die Hälfte (48%) der Unternehmen hatte vor 1998 bereits den *break even*-Punkt erreicht, weitere 11% der Unternehmen glauben ihn 1998 zu erreichen.

Das Durchschnittsalter der Unternehmen war mit 3,5 Jahren relativ jung, da erfolgreiche Unternehmen im Durchschnitt 4,5 Jahre in China existierten.

Als häufigste Gründe für den Mißerfolg nannten die Unternehmen mit 63% falsche Erwartungen und mit 59% unterschiedliche Zielvorstellungen der Partner. Die wichtigste Empfehlung der Untersuchung ist demnach wohl die gründliche Vorbereitung und genaue Prüfung eines chinesischen Partners.

In der Untersuchung einer anderen Unternehmensberatung, der Fiducia, wurden deutsche und andere europäische Direktinvestitionen betrachtet. Die Fiducia kam zu vergleichbaren Ergebnissen. Auch dieser Untersuchung zufolge würden die meisten Unternehmen noch keine Gewinne erzielen, obwohl sie zukünftig damit rechneten. Erst 15% der europäischen Unternehmen würden sich bereits in der Gewinnzone befinden. Der Fiducia-Untersuchung nach hatzen die europäischen Unternehmen große Probleme mit ihrem Vertrieb. Aus diesem Grund hinkten 54% der Unternehmen ihren Plänen hinterher und 76,5% würden ohne den chinesischen Partner arbeiten wollen, da dieser kein erfolgreiches Vertriebsnetz bieten könne. Weiterhin hätte jedes zweite Unternehmen Probleme im Personalbereich, insbesondere mit der Suche nach qualifiziertem Personal, mit den Einkommenssteigerungen und der Mitarbeitermotivation für chinesische Führungskräfte.

Auch die Berger-Studie wies auf die Notwendigkeit eines guten Vertriebsnetzes für den Erfolg der Unterneh-

men hin. Neben dem Vertriebsnetz zählten ebenfalls loyale Mitarbeiter und der richtige Standort zu den Erfolgsfaktoren. Staatliche Standortanreize, wie sie die Sonderwirtschaftszonen bieten, waren dabei nicht ausschlaggebend. (HB, 23.1.98)

Daß das China-Geschäft im Vertriebsbereich schwieriger als erwartet ist, diese Erfahrung machen immer mehr deutsche Unternehmen. So wies beispielsweise die Osram GmbH München Anfang Dezember in einem Bericht darauf hin, daß vor allem der Mangel an qualifiziertem Vertriebspersonal den Aufbau der Vertriebsstruktur behinderte. (NfA, 5.12.97) -schü-

Binnenwirtschaft

26 Asiatische Finanzkrise beschleunigt Bankenreform

Zentralbankpräsident Dai Xianglong sieht vor dem Hintergrund der asiatischen Finanzkrise die Verbesserung der Bankenaufsicht und eine schärfere Kontrolle der Kreditvergabe chinesischer Staatsunternehmen in US-Dollar über Hongkong als die wichtigsten Aufgaben an. Kredite in Auslandswährung dürften die Unternehmen nur noch mit Zustimmung der Zentralbank aufnehmen. Die Auslandsbanken warnte Dai davor, die Kredite an Joint Venture-Unternehmen, die inzwischen ein Volumen von rd. 20 Mrd. US\$ der rd. 120 Mrd. US\$ Auslandsschulden Chinas haben, als Kredite mit einem „Sovereign Risk“ einzustufen.

Dai Xianglong zufolge sind 20 bis 25% der Kredite der staatlichen Banken problematisch, allerdings nur 5 bis 6% davon müßten als uneinbringlich abgeschrieben werden. Das Volumen der abzuschreibenden Kredite werde in diesem Jahr 50 Mrd. Yuan sowie in den nächsten und übernächsten Jahren 60 bis 70 Mrd. Yuan (13 bis 15 Mrd. DM) betragen. (HB, 19.1.98)

Über die Höhe der faulen Kredite bestehen verschiedene Angaben, die aufgrund der unterschiedlichen Definiti-

on über den Begriff „uneinbringlich“ stark variieren. So weist die *South China Morning Post* darauf hin, daß eine angeblich offizielle Angabe über die Höhe dieser faulen Kredite vergleichbar mit einem Anteil von 21% des Bruttoinlandsprodukts sei. Dies wäre die höchste Quote uneinbringlicher Kredite innerhalb der asiatischen Länder. Einige Analysten gehen sogar von einer Quote fauler Kredite von 40% aus.

In ihrem Länderrating schätzten Standard & Poor im Januar 1998 die Höhe der uneinbringlichen Kredite auf rd. 200 Mrd. US\$ und damit auf 25% aller ausstehenden Kredite. Die US-amerikanische Investmentbank Merrill Lynch geht sogar davon aus, daß das chinesische Bankensystem technisch gesehen insolvent ist, da nur 20% der uneinbringlichen Kredite durch Vermögenswerte in Höhe von 317 Mrd. Yuan im Juni 1997 gedeckt waren. Der weitere relativ hohe Anstieg von Spareinlagen und das Vertrauen der Anleger in die Sicherheit staatlichen Eigentums der Banken habe bisher eine Panik bei den Anlegern verhindert. (SCMP, 1.1.98)

Um die Kontrolle über die Geschäftspraktiken der Banken zu stärken, hat die Zentralbank neue Richtlinien ausgegeben. Ziel ist hierbei vor allem die schrittweise Durchsetzung der Standards der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich für das Kreditmanagement. (FT, 17./18.1.98)

Die Banken sind auch dazu aufgefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate Revisionsabteilungen aufzubauen, die Kapitalbewegungen, die Wertpapiergeschäfte und die Liquiditätskennzahlen überprüfen sollen. Die großen Staatsbanken sowie die staatliche Versicherungsgesellschaft, People's Insurance Company of China (Group), wurden angewiesen, ihre Zweigstellen mindestens einmal im Jahr einer Überprüfung zu unterziehen. Die übrigen Banken und Finanzintermediäre sollen mindestens alle zwei Jahre Prüfungen durchführen. Die Zentralen der Banken müssen der *Financial Daily* zufolge mit rechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn in den Zweigstellen große Risiken und Verstöße gegen Bestimmungen festge-

stellt würden, die höhere Verluste verursachen. (SCMP, 7.1.98)

Aus der Finanzkrise ihrer Nachbarländer hat die Zentralbank offensichtlich weitere Lehren gezogen. So soll nunmehr auch die Vergabe von Immobilienkrediten der Banken stärker überwacht werden. So soll angeblich bereits eine Expertengruppe der Zentralbank nach Shanghai gesandt worden sein, um das Ausmaß der Kredite im Immobiliensektor zu überprüfen und die Frage zu untersuchen, wie stark das Engagement der einzelnen Banken im Immobiliensektor ist. Der hohe Anteil der Immobilienkredite, die aufgrund des Preisverfalls für Immobilien in vielen asiatischen Ländern uneinbringlich wurden, ist als eine der größten Problemquellen von der Zentralbank begriffen worden.

In Shanghai beträgt die Leerstandsquote für Büroflächen nach Schätzungen ausländischer Immobilienfirmen bei einer Gesamtfläche von rd. drei Millionen Quadratmeter ca. 38%. Das wären mehr als eine Million Quadratmeter leerstehender Büroflächen. Für Beijing wird diese Quote mit 37,6% angegeben, allerdings auf eine Gesamtfläche von rd. 2,2 Millionen Quadratmeter bezogen. (SCMP, 14.1.98)

Auf einer Pressekonferenz am 16.1.98 wies Zentralbankpräsident Dai nochmals auf die „Lehren“ aus der asiatischen Finanzkrise für China hin. So müsse China 1) sich bemühen, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erhalten und die Entwicklung einer „Seifenblasen-Wirtschaft“ („bubble economy“) im Immobilien- und Wertpapiersektor vermeiden, und 2) müsse die Zusammensetzung der Auslandsschulden vernünftig sein. Solche Unternehmen und Handelsorganisationen müßten stärker kontrolliert werden, die Auslandsschulden aufgenommen hätten.

Dai Xiaolong zufolge seien die Probleme der asiatischen Nachbarländer vor allem auch durch die zu starke Auslandsverschuldung, insbesondere durch kurzfristige Auslandskredite, hervorgerufen worden. Daraus folge für China, daß der Zustrom von Auslandskapital in Form von Direktinvestitionen weiter ermutigt werden und